

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

„Gelsenkirchener Appell“ will sozialen Arbeitsmarkt aufbauen

Im sogenannten „Gelsenkirchener Appell“, der sich an das Land NRW und den Bund richtet, fordern die Stadt Gelsenkirchen, lokale Wohlfahrtsverbände und weitere Partner den Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes für schwer vermittelbare Arbeitslose. Ursprünglich wurde der „Gelsenkirchener Appell“ bereits 2012 verabschiedet. Mit der Überarbeitung reagierten Stadt und Wohlfahrtsverbände auf die, von der neuen schwarz-gelben Landesregierung vorgenommenen Änderungen der Förderrichtlinien für den sozialen Arbeitsmarkt. Konkret fordert die AG Wohlfahrt die Schaffung von mindestens 1.000 zusätzlichen sozial ausgerichteten und dauerhaften Arbeitsplätzen. Diese sollten von Bund und Land gefördert werden, gegebenenfalls bis zum Eintritt ins Rentenalter.

https://www.gelsenkirchen.de/del_funktionsnavigation/presse/pressemitteilungen/32876-gelsenkirchener-appell-2018

Deutsche wünschen sich Zivildienst zurück

Zwei Drittel (66 Prozent) der Deutschen fänden es gut, wenn der Zivildienst wieder eingeführt wird. Dies ergab eine Umfrage des Hamburger Marktforschungsinstituts Splendid Research. Dabei gaben 85 Prozent der Befragten an, dass der Zivildienst nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen verpflichtend sein sollte. Repräsentativ befragt wurden 1.022 Deutsche im Alter zwischen 18 und 69 Jahren. Laut Umfrage sind die Ansichten über die Gestaltung eines Pflichtjahres sehr unterschiedlich: 21 Prozent würden nur den Zivildienst, sieben Prozent ausschließlich den Wehrdienst und 39 Prozent beide Dienste anbieten. Dass so viele eine Wiedereinführung befürworten, liegt der Umfrage zufolge daran, dass 77 Prozent waren mit ihrem Zivildienst zufrieden. Der Dienst habe gelehrt, so-

ziale Jobs mehr wertzuschätzen. Mit ihrem Wehrdienst waren 60 Prozent zufrieden. Weiterhin ergab die Umfrage, dass es bei der Wiedereinführung eines Pflichtjahres nicht darum gehe, Personallücken im Sozialwesen oder bei der Bundeswehr zu stopfen. 74 Prozent der Bürger würden eine Steuererhöhung von 10 Euro zugunsten der Pflege befürworten. Immerhin noch 48 Prozent wären mit 40 Euro zusätzlich einverstanden. 10 Euro mehr für eine funktionstüchtige Bundeswehr befürworten dagegen nur 26 Prozent.

Außerdem sprechen sich vier von fünf Deutschen dafür aus, Pflegefachkräften ein höheres Gehalt zu zahlen. Befürwortet werden die finanzielle Unterstützung von Pflegekräften in der Ausbildung und eine steuerliche Entlastung von Menschen, die ihre Angehörigen selbst pflegen. Nur zwei von fünf Deutschen sind dafür, die Gehälter der Berufs- und Zeitsoldaten zu erhöhen.

www.splendid-research.com/studie-wehrdienst-zivildienst

Armutrisiko für Familien höher als angenommen

Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung ist das Armutrisiko von Familien größer als bisher gedacht. Vor allem für alleinerziehende Eltern sei die Lage gefährlich.

Bochumer Wissenschaftler haben im Auftrag der Stiftung mit einer neu entwickelten Methodik eine Armutrisikoquote von 68 Prozent für alleinerziehende Eltern errechnet. Dies seien etwa 20 Prozentpunkte mehr als in vorherigen Untersuchungen, hieß es.

Bei Paaren mit Kindern liegt das Armutrisiko laut der Bertelsmann-Studie drei Prozentpunkte über den früheren Werten. Die neue Rechenmethode soll der Stiftung zufolge „einen realistischeren Blick auf die Einkommenssituation von Familien ermöglichen“. Bisher seien durch die Anwendung der OECD-Skala die Einkommen armer

Haushalte systematisch überschätzt und die Einkommen reicher Familien unterschätzt worden.

Außerdem zeige die Untersuchung den Angaben zufolge, dass in den letzten 25 Jahren Paare mit Kindern oder Alleinerziehende im Durchschnitt finanziell schlechter gestellt waren als kinderlose Paare. Nur Familien, die ihre Erwerbstätigkeit ausbauen konnten, hätten ihre Einkommenssituation halten oder verbessern können, hieß es in der Studie. So seien die Mütter im größeren Umfang als zuvor berufstätig gewesen. Dafür sei der Ausbau der Kindertagesbetreuung entscheidend gewesen.

www.bertelsmann-stiftung.de

Neuer Vorstandssprecher für die Diakonie-Niedersachsen

Hans-Joachim Lenke ist neuer Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen und tritt die Nachfolge von Christoph Künkel an, der aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand getreten war. Der 59-jährige Lenke rief in seiner Predigt im Einführungsgottesdienst in der Marktkirche in Hannover dazu auf, sich an der biblischen Botschaft und an Gottes Wort zu orientieren. Das bedeute, Menschen in Not zu helfen, Einspruch zu erheben, wenn sich die Mächtigen abkoppelten und Schwache unter unwürdigen Bedingungen leben müssten. Lenke bringt Erfahrung mit: Vor seinem Wechsel war er bereits seit 2011 Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Diakoniewerks in Schwäbisch Hall und Geschäftsführer des dortigen Diakonie-Klinikums. Zuvor war er Superintendent im Kirchenkreis Wolfsburg der hannoverschen Landeskirche.

Das Diakonische Werk mit rund 70.000 Beschäftigten und über 3.000 Einrichtungen und Diensten, ist der größte Wohlfahrtsverband in Niedersachsen. Das Werk wird von vier der fünf evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen getragen: Braunschweig,

Hannover und Schaumburg-Lippe sowie der evangelisch-reformierte Kirche.
www.diakonie-in-niedersachsen.de

Neue Forschungsgruppe zum Thema „Migration und Sozialpolitik“

Das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen hat eine neue Forschungsgruppe „Migration und Sozialpolitik“ gegründet, die sich mit dem Zusammenspiel der sozialpolitischen Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen befasst. Die Forscher wollen sich vor allem mit der Frage beschäftigen, welchen Spielraum die Kommunen bei der Integration der Flüchtlinge haben. Die Sozialpolitikforschung habe sich nicht ausreichend damit befasst, welche Möglichkeiten Kommunen bei der Integration der Flüchtlinge vor Ort hätten, hieß es. So untersuchen Mitglieder der Forschungsgruppe unter anderem, wie Menschen aus afrikanischen Ländern die lokalen Bildungsangebote in Anspruch nehmen. Außerdem werden Fragen zur Nutzung kommunaler Gesundheitsversorgung untersucht und ob und wie es den Kommunen gelingt, die verschiedenen Angebote für Flüchtlinge aufeinander und miteinander abzustimmen.
www.iaq.uni-due.de

Rheinland-Pfalz reformiert Eingliederungshilfe

Ab 2020 sollen die Kommunen in Rheinland-Pfalz für die Belange von Minderjährigen mit Behinderung zuständig sein. Die Landesregierung hält trotz Kritik daran fest, dass Land und Kommunen sich die Trägerschaft bei der Eingliederungshilfe teilen. Die Trennung zwischen Minderjährigen und Erwachsenen sei dazu am besten geeignet. Zuvor hatte die Landesregierung eine entsprechende Gesetzesnovelle zum Behindertenrecht beschlossen. Damit soll auch ein Schlusspunkt im jahrelangen Streit um die Leistungen und Prüfrechte in Behindertenwerkstätten gesetzt werden. Die Landesregierung hofft, dass das sogenannte Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz bis Ende des Jahres in Kraft tritt. So sollen gleichwertige Lebensverhältnisse für behinderte Menschen in allen Teilen des Landes gewährleistet und unklare Zuständig-

Termine



18. Internationale Migrationskonferenz: Migration – Medien – Öffentlichkeit 21. bis 23. Juni 2018 an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften in Köln. https://www.th-koeln.de/hochschule/18-internationale-migrationskonferenz_49105.php

Zertifizierte Weiterbildung Wildnis- und Erlebnispädagogik 21. Juli 2018 bis 30. Juni 2019 in Kassel. <http://ep.cvjm-hochschule.de/institute/institut-fuer-erlebnispaedagogik/fort-und-weiterbildung/weiterbildung-wildnis-und-erlebnispaedagogik/>

Projektmanagement-Basiskurs für Mitarbeitende und Führungskräfte aus Verbänden, Vereinen und sozialen Projekten. 3./4. September in Berlin. <http://www.ash-berlin.eu/weiterbildung>

10. Bundeskongress Soziale Arbeit: »Wert des Sozialen – Der Wert der Sozialen Arbeit«. 5.–7. September in Bielefeld. <http://www.buko-soziale-arbeit.de>

Jahrestagung des verbands für sozial-kulturelle Arbeit: »Nachbarschaftsarbeit zwischen Tradition und Innovation«. 20./21. September in Köln. <http://www.vska.de>

Demografiekongress 2018 20./21. September 2018 in Berlin. <http://www.der-demografiekongress.de/>

EBET Kongress der Wohnungsnotfallhilfe 2018 24. bis 26. September 2018 in Köln. <http://www.ebet-ev.de/index.php/termin-leser/kongress-2018.html>

Fachtagung Sozialrecht: Das SGB II in der Praxis 27. bis 28. September in Berlin. <https://www.kbw.de/tagungen/fachtagung-sozialrecht-sgb-ii/2018>

7. Deutscher Sozialgerichtstag 27. bis 28. September in Potsdam. <http://www.sozialgerichtstag.de/>

Kompaktseminar »Fördermittel für gemeinnützige Organisationen.« 11. Oktober in Berlin. <http://www.foerder-lotse.de>

5. Berufskongress für Soziale Arbeit des DBSH 18. bis 20. Oktober 2018 in Berlin-Spandau. <https://www.berufskongress-soziale-arbeit.de/startseite.html>

25. IAVE Welt-Freiwilligenkonferenz »Unsere Verantwortung für die Zukunft weltweit« 16. bis 20. Oktober 2018 in Augsburg. <http://www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/nachhaltigkeit-engagement-integration/weltfreiwilligenkonferenz-2018/>

17. Europäischer Gesundheitskongress München 25. bis 26. Oktober 2018 in München. <https://www.gesundheitskongress.de>

20. ConSozial – Messe für den deutschen Sozialmarkt 07. bis 08. November 2018 in Nürnberg. <http://consozial.de/>

keiten und Behördenwirrwarr beendet werden. Landesweit sind rund 37.000 Menschen von der Reform betroffen, davon sind 7.000 unter 18 Jahre alt. Im Jahr 2016 betragen die Kosten für die Eingliederungshilfe in Rheinland-Pfalz knapp 868 Millionen Euro, von denen Land und Kommunen jeweils die Hälfte zahlten. Dies soll auch weiterhin so bleiben. Momentan ist in Rheinland-Pfalz das Land für stationäre und die Kommunen für ambulante Hilfen zuständig. Im neuen Bundesteilhabegesetz fallen diese Begriffe weg. Daher hatten sich

Organisationen der Behindertenhilfe, die Wohlfahrtsverbände und der rheinland-pfälzische Landesteilhabeberrat für eine alleinige Trägerschaft des Landes stark gemacht.
<https://lsjv.rlp.de/del/startseite/>

Caritas kritisiert Forderung auf Aussetzung von Inklusion an Schulen

Die Caritas im Ruhrbistum kritisiert die Forderungen des Deutschen Lehrerverbandes die schulische Inklusion vor-

erst auszusetzen. Mit seiner Forderung ignoriere Lehrerverbands-Präsident Heinz-Peter Meidinger die vielen Beispiele gelungener schulischer Inklusion, er stelle damit auch das Menschenrecht auf inklusive Bildung grundsätzlich zur Disposition heißt es von Seiten der Caritas. Auch wenn die Umsetzung der Inklusion an den NRW-Schulen von Eltern- und Lehrerverbänden, aber auch von Vertretern der Caritas und weiterer Wohlfahrtsverbände übereinstimmend kritisiert werde, dürfe die Konsequenz nicht sein, die Inklusions-Bemühungen einzustellen.

<https://www.caritas-essen.de/aktuelles/presse/menschenrecht-auf-inklusive-bildung-9e4f9a65-0528-4398-a0e8-143ed403757f>

NRW fördert weiterhin ehrenamtliche Projekte für Geflüchtete und Neuzuwanderer

Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt weiter ehrenamtliche Flüchtlingshelfer mit 13,4 Millionen Euro für das Aktionsprogramm Komm-An NRW. Außerdem wird die Zielgruppe erweitert: Nach den neuen Richtlinien sind künftig auch ehrenamtliche Projekte für andere Neuzuwanderer, etwa aus EU-Ländern, förderfähig. Die Fördergelder gehen an die Kommunalen Integrationszentren und die Integrationsagenturen der Wohlfahrtsverbände. So können unter anderem «Ankommens-Treffpunkte» wie Sprachcafés oder Kochtreffs eingerichtet und betrieben sowie Schulungen für Ehrenamtliche durchgeführt werden.

<https://www.mkffi.nrw/pressemitteilung/landesregierung-setzt-neue-akzente-bei-komm>

AfD-Wahlerfolge an sozialen Brennpunkten bereiten Armutskonferenz Sorgen

Die niedersächsische Landesarmutskonferenz macht sich Sorgen über die Wahlerfolge der AfD in Wahlkreisen in denen wirtschaftliche Unsicherheit herrscht. Besonders erfolgreich sei die AfD in sozialen Brennpunkten, in denen es wenige sichere Jobs, wenig Industrie und viele Kleinunternehmen gebe, hieß es. Daher forderte die Armutskonferenz unter anderem einen deutlichen Ausbau des sozialen Woh-

nungsbaus, einen nachhaltig finanzierten sozialen Arbeitsmarkt zu fairen Bedingungen für Langzeitarbeitslose sowie eine deutliche Anhebung von Niedriglöhnen. Die 1995 gegründete Landesarmutskonferenz ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de

Neues Berechnungsschema für ambulante Pflege

Sozialverbände und kommunale Sozialstationen in Niedersachsen wollen mit einem neuen Berechnungsschema für mehr finanzielle Transparenz in der ambulanten Pflege sorgen. In dem Kalkulationsschema werden erstmals die Daten und Kosten aller tariflich vergütenden Träger zusammengefasst. Das Modell soll Grundlage für Verhandlungen über Flächentarifverträge und gerechtere Arbeitsbedingungen in der ambulanten Pflege werden. Die Caritas, die Diakonie und die Arbeiterwohlfahrt sind unter anderem an der Initiative beteiligt. Die Bezahlung der Pflegekräfte nach Tarifvertrag ist auch einer von mehreren Bausteinen, um den Pflegeberuf attraktiv zu machen, heißt es von Seiten der Sozialverbände.

<http://www.caritas-nds.de/aktuelles/presse/meilenstein-fuer-die-ambulante-pflege-in-niedersachsen-4b8005f0-18a8-4686-bf15-416ea0f1d23f>

Einblick in die soziale Arbeit durch Schnupperpraktika für Jugendliche

Jugendliche ab 15 Jahren im Oldenburger Land können in den Osterferien in Schnupperpraktika erste Erfahrungen mit der Arbeit in sozialen Berufen machen. Rund 110 soziale Einrichtungen im Oldenburger Land stellen mehr als 250 Plätze zur Verfügung. Bereits im Vorjahr hatten den Organisatoren zufolge fast 200 Jugendliche aus allen Schularten teilgenommen. Besonders beliebt seien Kurzzeit-Praktika in Behinderteneinrichtungen und Kindergärten gewesen, gefolgt von der Mitarbeit in Altenheimen und bei sozialen Beratungsangeboten, hieß es.

www.szenen-wechsel.de

Mehr Spenden für Bündnis „Aktion Deutschland Hilft“

Das Bündnis „Aktion Deutschland Hilft“ hat im vergangenen Jahr deutlich mehr Spenden erhalten. Die Spenden stiegen 2017 gegenüber dem Vorjahr um 19,5 Millionen auf über 43,3 Millionen Euro an, teilte der Zusammenschluss deutscher Hilfsorganisationen mit. Grund seien den Angaben zufolge die vielen humanitären Krisen in Afrika und Syrien sowie in Jemen und Myanmar gewesen. Über 44 Millionen Menschen hätten Ende 2017 in Afrika und im Jemen kurz vor dem Hungertod gestanden. Für die Notleidenden in Afrika seien 18,2 Millionen Euro eingegangen und mehr als vier Millionen Euro seien für Menschen im Jemen gespendet worden. Trinkwasser, Nahrungsmittel, Hygieneschulungen und medizinische Versorgung seien unter anderem mit dem Geld finanziert worden. 23 Hilfsorganisationen, darunter World Vision, Care, die Johanniter Unfall-Hilfe und der Paritätische Wohlfahrtsverband gehören der „Aktion Deutschland Hilft“ an.

www.aktion-deutschland-hilft.de

Bundesrat berät über Familiennachzug

Der Bundesrat hat die von der großen Koalition geplanten Regelungen zum Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge gebilligt. Danach soll die Aussetzung von Familienzusammenführungen bis Ende Juli verlängert werden. Ab August können dann monatlich 1.000 Angehörige subsidiär Geschützter aufgenommen werden. Darauf einigten sich CDU, CSU und SPD in den Koalitionsverhandlungen.

<https://www.bundesrat.de/DE/plenum/plenum-kompakt/18/965/965-pk.html>

UN: Nur einer von sechs Drogenabhängigen hat Therapieplatz

Es muss mehr und besser ausgestattete Therapieplätze für drogenabhängige Menschen geben, fordern die Vereinten Nationen. Laut des aktuellen Jahresberichts des Internationalen Suchtstoffkontrollrat der Vereinten Nationen könne weltweit nur einer von sechs Betroffenen an einem Behandlungsprogramm gegen seine Abhängigkeit teilnehmen.

Zudem seien die vorhandenen Plätze qualitativ oft minderwertig und entsprechen nicht den internationalen Qualitätsstandards, berichtete der Kontrollrat. Die gesellschaftliche Ächtung und Stigmatisierung erschwere Drogenabhängigen außerdem den Gang zu Hilfseinrichtungen. Besonders Randgruppen wie Migranten und Flüchtlinge erhielten nur selten einen Therapieplatz. Ebenso hätten Frauen in der Regel geringere Chancen auf eine Behandlung als Männer. Der 1968 gegründete Suchtstoffkontrollrat ist ein unabhängiges Expertengremium und überwacht die Einhaltung der internationalen Übereinkommen zur Drogenkontrolle.
www.incb.org

Jugendliche Flüchtlinge bleiben zu oft unter sich

Viele jugendliche Flüchtlinge bleiben an den Schulen zu lange unter sich. Dies besagt die Studie „Schule als Sackgasse. Jugendliche Flüchtlinge an segregierten Schulen“, die im Auftrag des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) durchgeführt wurde. Laut Studie würden junge Flüchtlinge meistens in Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund untergebracht. Dort besuchten sie

zunächst Vorbereitungs- oder Willkommensklassen, bevor sie in den Regelunterricht wechseln können. Der Sachverständigenrat empfiehlt als konkrete Verbesserungsmaßnahmen unter anderem die Lehrkräfte besser für den Umgang mit Vielfalt auszubilden und mehr Personal- und Sachmittel an Brennpunktschulen bereitzustellen. Des Weiteren sei es die Aufgabe der Kommunen, die geflüchteten Jugendlichen besser über die Schulen zu verteilen, um eine weitere Segregation zu vermeiden.
www.svr-migration.de/publikationen/bildungsintegration/

Pilotprojekt für Teilzeit-Ausbildung

Bayern will jungen Menschen helfen, eine Berufsausbildung in Teilzeit zu machen. In vier Modellprojekten haben rund 230 sozial benachteiligte junge Menschen diese Möglichkeit erhalten. Besonders für alleinerziehende junge Mütter sei eine Vollzeit-Ausbildung oft nicht möglich. Die vier Projekte werden mit einem

Kennzahlen

53

Um soviel ist die Zahl der Mitarbeitenden in den Beratungsstellen der Caritas im Zeitraum von 2008 bis 2010 in den gesunken.
(<https://www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2013/artikel/zahlen-daten-fakten-zur-allgemeinen-sozi>)

15.000

Zahl der Studierenden, die 2012 an Informationsveranstaltungen der Sozialberatungsstellen teilnahmen.
(<https://www.studentenwerke.de/de/node/1645>)

68.500

Zahl der Einzelgespräche der Sozialberatungsstellen der Studentenwerke im Jahr 2012
(<https://www.studentenwerke.de/de/node/1645>)

55.000

Zahl der Menschen, die 2015 die Beratungsdienste der Diakonie Sachsen in Anspruch genommen haben.
(http://www.diakonie-sachsen.de/viomatrix/imgs/download/2015_bericht_01_08_2016.pdf)

301.650

Zahl der Inanspruchnahme einer Erziehungs- und Familienberatung im Jahr 2003.
(<http://www.bke.de/content/html/statistik/inanspruchnahme.show.html?id=233>)

68.091

Zahl der Beratungen über die Hotline „Arbeiten und Leben in Deutschland“ zwischen dem 02.04.2012 und dem 30.09.2017.
(https://www.erkennung-in-deutschland.de/html/de/daten_bamf_hotline.php)

135.910

Zahl der Personen, die sich bei der Anlaufstelle des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung“ im Zeitraum von 01.08.2012 bis 30.09.2017 über die Anerkennung ihrer ausländischen Berufsqualifikation haben beraten lassen.
(https://www.erkennung-in-deutschland.de/html/de/daten_beratung.php)

Gesamtvolumen von 2,8 Millionen Euro gefördert, etwa zwei Millionen davon kommen aus dem Europäischen Sozialfonds.

<https://www.stmas.bayern.de/berufsbildung/teilzeit/index.php>

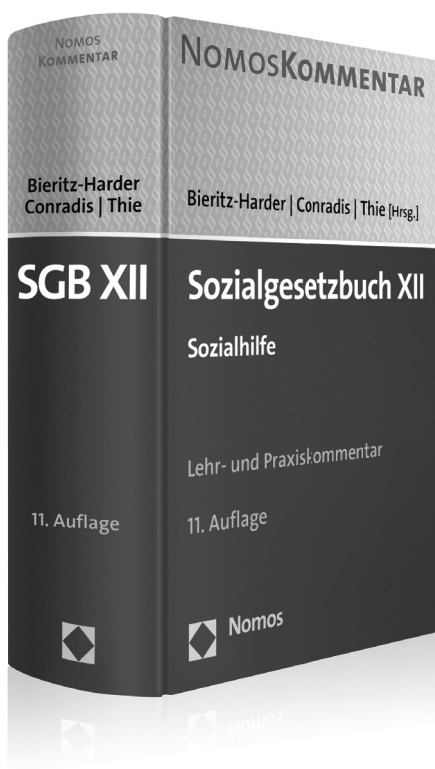
Ombudsstellen für Kinder und Jugendliche

In Baden-Württemberg gibt es seit fast einem Jahr landesweite Ombudsstellen, die Kindern, Jugendlichen und Famili-

en bei Konflikten mit der Jugendhilfe unterstützen sollen. Die Ombudsstellen sollen bei Auseinandersetzungen mit öffentlichen oder freien Trägern informieren und vermitteln und so einem Gefühl der Hilflosigkeit bei Betroffenen entgegenwirken. Die Testphase wird voraussichtlich bis 31.07.2019 dauern. Ziel des Rechtsträgers, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, ist es, ein Netz von Ombudsstellen über ganz Baden-Württemberg zu spannen und regionale Strukturen entsprechend zu fördern.

Das Projekt baut auf Erfahrungen der Freiburger Initiative Habakuk auf und wird in der dreijährigen Testphase durch die Stiftung Kinderland Baden-Württemberg gefördert. Rechtsträger ist zunächst die Liga der freien Wohlfahrtspflege, die als Zusammenschluss selbst keine Jugendhilfeleistungen erbringt. Dies soll möglichst große Unabhängigkeit gewährleisten, genau wie ein strenges Vier-Augen-Prinzip und Schnittstellen zur Heimaufsicht.
www.initiative-habakuk.de

Grundlegende Änderungen im Sozialhilferecht



Sozialgesetzbuch XII

Sozialhilfe

Lehr- und Praxiskommentar

Herausgegeben von Prof. Dr. Renate Bieritz-Harder, RA Dr. Wolfgang Conradis, FASozR und RiLSG Stephan Thie

11. Auflage 2018, 1.472 S., geb., 72,- €

ISBN 978-3-8487-3700-0

nomos-shop.de/28708

Die 11. Auflage des LPK-SGB XII reagiert auf die **umwälzenden Änderungen** wesentlicher Teile des Sozialrechts. Berücksichtigt werden die Reform des Schwerbehindertenrechts durch das **Bundesteilhabegesetz**, die Reform des Pflegerechts durch die Pflegestärkungsgesetze I, II und insbesondere III, die Änderungen des AsylbLG sowie die Novelle im Bereich der Regelsätze (**Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz**). Diese führen zu umfassenden Änderungen im SGB XII, u.a. im Bereich der Eingliederungshilfe, der Zuständigkeiten und den materiellen Ansprüchen.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

